

Gesetze für die „Generation Y“

Kinderschutz und Kita-Ausbau stehen oben auf der politischen Agenda. Weniger im Blick – und häufig mit Vorurteilen belegt – sind Jugendliche. Der Speyerer Rechtswissenschaftler Jan Ziekow wird die Politik dafür sensibilisieren – im neu eingeführten Kompetenzzentrum „Jugend-Check“.

VON KATJA EDELMANN

Was bedeutet der Mindestlohn für zukünftige Auszubildende? Wie beeinflusst die Ehe für alle das Leben der jungen Generation? Darauf Antworten vorzulegen, damit beschäftigen sich Juraprofessor Jan Ziekow und sein Team in den nächsten zwei Jahren im neu eingerichteten Kompetenzzentrum „Jugend-Check“. Es geht um die Zwölf- bis 27-Jährigen. Der Leiter des Speyerer Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung (FÖV) hat dafür „überraschend schnell“ den Auftrag von der neuen Chefin des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Katarina Barley (SPD) erhalten. Denn eigentlich ist der Jugend-Check einer der Punkte der Jugendstrategie, die im Koalitionsvertrag schon seit 2015 enthalten ist, aber nicht umgesetzt wurde.



Jan Ziekow

FOTO: LAND/FREI

Ziekow schätzt seit zwei Jahrzehnten ein, welche Folgen Gesetze für Menschen haben, für die Demografie oder die Haushaltslage. Mit dem Jugend-Check kommt auf Politiker bei Gesetzesentwürfen mehr Arbeit zu: Sie sollen künftig die Kriterien der Jugendgerechtigkeit berücksichtigen. „Es ist ein weiterer, komplexer Gesichtspunkt. Wir können außerhalb des Jugendministeriums von Ministerien keine Begeisterungstürme erwarten“, sagt Ziekow zynisch. Für ihn ist das ein persönliches, längst überfälliges Anliegen. „Es geht beim Jugend-Check um die konkrete materielle Betroffenheit der Menschen zwischen Anfang der 10er Jahre bis Mitte der 20er Jahre. Wir betrachten die Jugendzeit als eigenständige Lebensphase“, so der Lehrstuhlinhaber der Speyerer Verwaltungsuniversität.

Speyerer Personal ist bereits im Kompetenzzentrum in der Bundeshauptstadt tätig.

Die Politik soll in ihren Entscheidungen die neuen Perspektiven, Lebensentwürfe und Zugänge der jungen Generation ernst nehmen. Die heutigen Jugendlichen, „Millennials“ oder „Generation Y“ genannt, haben andere Sichtweisen und Bedürfnisse als die älteren Generationen „X“ oder „Golf“. Als einen Einsatzbereich für die Tests nennt Ziekow die Arbeitsmarktpolitik: „Man könnte denken, Gesetze in dem Bereich seien jugendneutral. Aber es wäre zum Beispiel zu prüfen, ob der Mindestlohn dazu führt, dass in gewissen Branchen eine geringere Anzahl von Auszubildenden eingestellt wird.“



Vernetzt, vergessen? Speyerer Forscher untersucht Auswirkungen von Gesetzen auf die Jugend.

FOTO: DPA

Das neue „Kompetenzzentrum Jugend-Check“ wird in Berlin eingerichtet, um dort präsent zu sein, wo die Bundesgesetze auf den Weg gebracht werden. In den neuen Räumen arbeiten seit Anfang August drei Mitarbeiterinnen, die sich seit Jahren mit Methodik und Jugendgerechtigkeit befassen. Eine von ihnen ist die Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings, der den Check hauptsächlich vorangetrieben hat. Eine Kollegin stammt aus dem FÖV-Kernteam in Speyer und wird regelmäßig zeitweilig in Berlin tätig sein. Anfang 2018 werden drei weitere Fachleute sowie eine Person für die Verwaltung in Berlin eingestellt. Es muss schnell gehen. „Wir müssen handlungsfähig sein, wenn die neue Legislaturperiode ins Laufen kommt und die ersten Gesetze das Licht der Welt erblicken“, betont Ziekow.

„Gesetzesfolgenabschätzung für die Lebenswelt der Jugendlichen“ ist nicht nur ein sperriges Wörterungetüm. Es ist auch methodisch anspruchsvoll, selbst für einen alten Hasen wie Ziekow. Er wird während der Startphase oft in Berlin präsent sein. Konkret hat das Kompetenzzentrum eine Doppelfunktion: Es soll den Jugend-Check anwenden und auch methodisch weiterentwickeln. Gleichzeitig soll es die Mitar-

beiter der Ministerien sensibilisieren, „sie für den Jugend-Check begeistern. Dafür werden wir Arbeitshilfen erstellen und Workshops anbieten, um die Belange der Jugendlichen und die Auswirkungen auf diese klarer zu machen“, sagt der Jurist. „Vor allem bei Gesetzen, bei denen nicht ins Auge springt, dass es für Jugendliche relevant ist.“ Zudem wird das Kompetenzzentrum an mehr Jugendbeteiligung arbeiten und wird

in Workshops konkret mit Jugendlichen sprechen, welche Fragen sie am meisten beschäftigen.

Berlin und der Bund sind weit weg. Ist der Jugend-Check auch für Speyer interessant? Definitiv ja, so Ziekow: „Kommunale Entscheidungen sind besonders jugendrelevant. Wenn wir für die Bundesministerien Arbeitshilfen erstellen, werden wir daran denken, sie auch für die kommunale Ebene anzupassen.“

Zur Sache: Was die Jugend fordert

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend tritt in der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ für die Bedürfnisse der Bevölkerungsgruppe zwischen zwölf und 27 Jahren ein. Die Ausgangslage: Die Jugend, eine Minderheit mit 17 Prozent Anteil an der Bevölkerung und nur einem Sechstel der Wahlbevölkerung, steht in der älter werdenden Gesellschaft häufig hinten an.

Sie ist mehr als der Übergang von der Kindheit zum Erwachsensein. In der Lebensphase bilden und qualifizieren sie sich für den Beruf und die Gesellschaft, übernehmen für sich selbst Verantwortung und finden

ihre Position zwischen individueller Freiheit und sozialer Zugehörigkeit. Sie ist digitalisiert, globalisiert und heterogen in den Lebensentwürfen. Was sie Studien zufolge fordert:

- Mitbestimmung (und Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre) kommunal bis Bundesebene
- eigene Räume und freie Zeiten
- Teilhabe und Gleichberechtigung
- Berücksichtigung ihrer heutigen, nicht nur künftigen Interessen
- Jugendpolitik als Querschnittspolitik über alle Ressorts. [edj]

IM NETZ

www.jugendgerecht.de
www.foev-speyer.de